

Ist Mitbestimmung verfassungsrechtlich meßbar?

Eine Analyse der Entscheidung des BVerfG
über das Mitbestimmungsgesetz

Von

Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler

Universität Innsbruck

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt

337590



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Inhaltsverzeichnis

I. Eine neue Ebene der verfassungsrechtlichen Mitbestimmungsdiskussion	9
II. Die Vorgeschichte des Verfassungsstreites	13
1. Die politische Programmatik	13
2. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung	17
3. Das Gesetzgebungsverfahren	37
4. Das Verfahren vor dem BVerfG	43
III. Die Frage nach der „richtigen Methode“ der Verfassungsprüfung	51
1. Der Methodenstreit in der Mitbestimmungsfrage	51
2. Systembetrachtungen oder grundrechtliche Einzelanalyse	52
3. Die Beurteilung von realen Auswirkungen der Mitbestimmung als Verfassungsproblem	59
4. Die in Betracht kommenden Verfassungsmaßstäbe	63
IV. Einzelgrundrechte als Maßstab der Mitbestimmung	69
1. Die Garantie des Eigentums	69
2. Die Vereinigungsfreiheit	87
3. Die Berufs-(Unternehmer-)freiheit (Art. 12 und 2 Abs. 1 GG)	92
4. Die Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)	100
V. Die Konsequenzen für die Mitbestimmungspraxis	112
1. Der Grundsatz der „unterparitätischen Mitbestimmung“	112
2. Der Grundsatz von Kooperation und Integration	120
3. Prognose und verfassungsrechtliche Kontrolle der Mitbestimmungspraxis	122
Literaturverzeichnis	126